



Foto: MUT, LV Rheinland-Pfalz, Mitgliedsverein der IG PRO KSVÖ

Leid und Elend der Katzen muss gestoppt werden

Mitleid und Ausreden helfen nicht - die Lösung heißt: Kastrationspflicht

Die Lage spitzt sich zu! Immer öfter müssen Tierheime und Tierschutzvereine wegen Überfüllung und/oder Finanznot die Aufnahme von Haustieren ablehnen. Da passt das Erlebnis der „Interessengemeinschaft (IG) Pro Katzenschutzverordnung“ ins gegenwärtige Bild...

„Margit Mayr, Mitgründerin der Interessengemeinschaft Pro Katzenschutzverordnung wurde eine Fundkatze gemeldet“, berichtet die IG. „Drei Kinder gingen mit dieser Katze an der Leine und mit Suchzetteln durch die Innenstadt.“ Die Kinder hätten auch im zuständigen Tierheim angerufen. „Dort wurde ihnen gesagt, das Tierheim habe - wie viele andere - ein Aufnahme-stopp verhängt.“

In diesem Fall müsse nach Ansicht der IG Pro Katzenschutzverordnung die Politik tätig werden: „Es kann doch nicht sein, dass Städte, Gemeinden und Politiker sich ihrer Verpflichtung dem Tierschutz gegenüber entziehen oder nicht genügend nachkommen. Soll man solche Tiere unversorgt auf der Straße lassen?“, fragt die IG. Ihre Forderung ist daher klar formuliert: Rechtssicherheit für Tierschützer, die als praktische Garanten der im Grundgesetz verankerten Staatszielbestimmung nachkommen, sowie praxisbezogene Vergütung für die Aufnahme und Versorgung von Fundtieren der Tierheime. Doch das allein reiche nicht aus, erklären die Tierschützer.

So setzt die Interessengemeinschaft Pro Katzenschutzverordnung sich ein, **Katzenhaltung bundesweit verbindlich gesetzlich zu regeln.** Ihre Vorschläge: eine Kastrationspflicht männlicher und weiblicher Freigängerkatzen ab dem fünften Monat, eine deutschlandweite Kennzeichnungspflicht und eine bundeseinheitliche Katzen-schutzverordnung im Tierschutzgesetz und Mindesthaltbarkeitsanforderungen (siehe TVT) klar definieren.

„Damit würde man den Tieren

viel Leid ersparen und den Steuerzahler erheblich entlasten“, sind sich die Tierschützer sicher. Oswald plädiert mit Nach-

Sonja Stahl von der *Katzenhilfe-Westerwald e.V.* ist sich sicher, dass exakt diese Unwissenheit und/oder Ignoranz der Hauptmultiplikator

Dieses und noch vieles mehr sei das Ergebnis unzureichender gesetzlicher Festlegungen, so Derbeck. Margit Mayr ergänzt: „Die Politiker tragen mit ihrem Zaudern dazu bei, dass die Lage mittlerweile fünf nach zwölf sei, es besteht enormer Handlungsbedarf!“

Dr. Gerd Müller, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, bemängelt fehlende Statistiken, um auf Bundesebene die Katzenschutzverordnung für Deutschland durchzusetzen. Er verweist, dem Paderborner Modell folgend, auf das ausreichende Instrumentarium auf Landesebene. Dass sich rund 90% der Tierschutzvereine von einem Aufnahmestopp zum nächsten hangeln, rund 50% der Tierschutzvereine als praktischen Garanten in den nächsten 16 Monaten die Insolvenz droht, scheint auf Bundesebene noch keinen dringenden Handlungsbedarf anzuzeigen. Der *Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, Wolfgang Apel* fordert weiterhin zur Abwehr einer bald nicht mehr zu stoppenden Eskalation einen Gesellschaftspakt Tierschutz.

Wer sind wir ?

Aufgrund des immer dramatischer ansteigenden Elends des Haustieres in Not Nr. 1, der Katze, wurde die Interessengemeinschaft Pro Katzenschutzverordnung ins Leben gerufen. Ein Pool von Fachleuten, der mittlerweile über 25 000 Unterzeichner bzw. Befürworter gefunden hat. Darunter befinden sich vornehmlich Tierschutzvereine und Tierheime, Vertreter der bundesweiten Tierärztekammern und Tierschutzbeiräten, Verbände, aber auch Veterinäre, die ihre Garantienpflicht ernst nehmen.

druck dafür, dass auch Katzen unbedingt Fürsorge und Schutz benötigen. „Wer seine Katze ins Freie lässt, sollte verpflichtet werden, diese bei einem Tierarzt kastrieren zu lassen und mit einer Kennzeichnung-Tätowierung oder einem Chip zu versehen“, fordert Oswald, der sich als Katzenfreund und Katzenliebhaber bezeichnet. „Zwar sollte nicht alles in unserem Land geregelt oder verordnet sein, aber wenn dies die einzige Möglichkeit ist, Leid und Elend für die Katzen zu verhindern, muss dies sein.“ Oswald appelliert aber auch an die Einsicht der Katzenbesitzer, mit der Katze von sich aus zum Tierarzt zu gehen.

Immer wieder Eklat

Ein großes Problem sind aber auch die vielen - als „herrenlos“ degradierten - Hauskatzen, denen kein verantwortlicher Halter mehr zuzuordnen ist. Hier komme es immer wieder zum Eklat zwischen Tierschützern und Behörden, weiß der Tierschutzexperte *Robert Derbeck vom Tierschutzverein Noris e.V. und Mitbegründer der IG Pro Katzenschutzverordnung* zu berichten. „Manche Städte und Gemeinden erkennen Katzen als Fundtiere gar nicht erst an.“ Regelmäßig gebe es deshalb Streitigkeiten zwischen Tierschützern und Behörden im Hinblick auf die rechtliche Differenzierung von Fundkatzen und herrenlosen Katzen.

für das vorherrschende Leid ist. Wir werden bundesweit damit täglich konfrontiert und wissen daher nicht mehr ein noch aus. Sonja wartet bis zum heutigen Tag auf Antwort der Politik, welchem Gesetz es zu entnehmen ist, dass Hauskatzen sogenannte herrenlose Tiere sein könnten. Das Bundesministerium wird erneut mit der Frage konfrontiert.

Unsere Hauskatzen brauchen weder Mitleid noch Ausreden, sie brauchen Schutz und Durchsetzung ihrer Rechte und bundeseinheitliche Verordnungen.

Es herrscht bundesweit dringender Handlungsbedarf

Auch Robert Derbeck beklagt fehlende Verordnungen. „Dieser Missstand führt dazu,

Österreich macht es vor

Seit dem 01.01.2005 ist die Katzenkastrierung in Österreich Pflicht. Tierhalter, besonders landwirtschaftliche Betriebe sind von Seiten der Bundesebene verpflichtet, ihre Katzen kastrieren zu lassen, so die Aussage von Frau Auer, Verein Streunerkatzen OÖ, Mitglied der Interessengemeinschaft Pro Katzenschutzverordnung.

dass bei den Katzen fruchtbare Tiere eine extrem hohe und ungewollte Population erzeugen.“ Die Folge: Die Tierheime sind dauerhaft überfüllt mit Katzen und kämpfen am finanziellen Existenzminimum.

Überforderung die hilflosen Tiere ablehnen, bewegen sich am Rande der Kriminalität, denn die Verweigerung einer Fundtierannahme und/oder Fundunterschlagung stellt eine Ordnungswidrigkeit dar.

LÄNGST ÜBERFÄLLIG

Ein Kommentar von *Siegfried P. Rupprecht, Journalist und Buchautor*



In Deutschland werden rund 8,2 Millionen Katzen als Haustiere gehalten. Hinzu kommt noch eine hohe Anzahl sogenannter herrenloser und streunender Katzen, die täglich um ihr Überleben kämpfen müssen.

Eine Katzenschutzverordnung ist daher längst überfällig. Tierschützer wie der Experte Robert Derbeck nennen dafür zwei wichtige Gründe. Einmal, um dem Mitgeschöpf Katze die gleichen Rechte einzuräumen wie den anderen Tieren, deren Haltung schon spezifisch geregelt ist. Zum anderen, um der Exekutiven ein gültiges Instrument zum einheitlichen und effektiven Agieren in die Hand zu geben.

Doch was hindert die Politiker daran, ein entsprechendes Papier zu erstellen? Sie argumentieren, dass es bereits schon zu viele Verordnungen gibt und das allgemein gültige Tierschutzgesetz ausreichend sei. Weiter befürchten sie unkalkulierbare, zusätzliche hohe finanzielle

Kosten bei der Umsetzung. Und hier liegt das eigentliche Konfliktpotenzial!

Die Politik sollte die Erfahrungen der Tierschützer nicht ignorieren. Besser ist, auf deren Fachwissen zurückzugreifen. Davon könnten beide Seiten profitieren und realistisch umsetzbare Lösungsansätze in eine rechtskräftige Katzenschutzverordnung einfließen. Nur so gehört das dunkle Kapitel der nicht artgerecht gehaltenen, leidenden und kranken „herrenlosen“ Heimtiere bald der Vergangenheit an.

Informationen unter: www.katzenschutzverordnung.de.vu, Ansprechpartner: **Sonja Stahl, Tel. 0266 1-40982 oder 0177-7889766.**

Haustierabschuss: Relikt aus der Vergangenheit

Die Tierschützer bekla-gen aufs Schärfste den Abschuss von rund 500.000 Hauskatzen jährlich und fordern von der Politik eine Meldepflicht - nicht nur für Jäger, die Forderung gilt auch für Straßenmeistereien, die vielerorts Tierkadaver entsorgen, ohne die Eigentümer zu informieren. So kann und darf nicht mit Eigentum umgegangen werden.

Anlässlich der anstehenden Novellierung des Landesjagdgesetzes fordert der Tierschutzbeirat Rheinland-Pfalz ein generelles Verbot des Abschusses von Haustieren. „Hunde und Katzen abzuschließen, nur weil die Be-

sitzer einmal nicht aufgepasst haben oder nicht in der Lage sind, ihr Tier ordnungsgemäß zu halten, widerspricht in eklatanter Weise dem heutigen Verständnis vom Tier als schützenswertes Mitgeschöpf“, erklärt Dr. Helmut Stadtfeld, Vorsitzender des Gremiums.

Die Tötung sei darüber hinaus vielfach ein massiver Eingriff in die emotionale Beziehung von Familien zu ihren Hausgenossen. Der Tierschutzbeirat fordert stattdessen ordnungsrechtliche Maßnahmen gegenüber den Tierhaltern, die ihre Vierbeiner in Feld und Wald herumstreuen und damit zu einer Gefahr für Wildtiere werden lassen. Bei Katzen verbietet sich der Abschuss durch Jäger schon

wegen der Verwechslungsgefahr mit der Wildkatze, die erfreulicherweise in einigen Gebieten von Rheinland-Pfalz noch vorkommt, aber in ihrem Bestand gefährdet ist.

Dem Problem der Überpopulation und Verwildern von Hauskatzen wird man nach Auffassung des Tierschutzbeirates ohnehin nur durch ein Kastrations- und Kennzeichnungsgebot beikommen können. Der Abschuss von Haustieren - so das Fazit des Tierschutzbeirates - ist ein Anachronismus, der zu Recht heute kaum noch gesellschaftliche Akzeptanz findet. Zum Glück würden das viele Jäger ähnlich sehen und von sich aus von ihrer gesetzlichen Möglichkeit keinen Gebrauch machen.

Das ist Tierschutz wie im Mittelalter...

Seit knapp 20 Jahren beschäftigt sich die Mitgründerin von der Interessengemeinschaft Pro Katzenschutzverordnung Gaby Classen vom Katzenschutzbund Mönchengladbach mit dem Thema Hauskatze und dem aus der unkontrollierten Vermehrung entstehenden Elend für die Samtpfoten:



Jägers wird immer populärer in ländlichen Bereichen. Wir waren gestern noch auf einem Hof, wo seit Jahren Katzen ansässig sind. Die nur leidlich versorgten Tiere haben sich unkontrolliert vermehrt, inzwischen sind es rund 20 Tiere. Nur zufällig erfuhren wir, dass für kommendes Wochenende geplant war, einen Jäger zu beauftragen, die Tiere abzuschließen. Bis dato hatte der Besitzer des Hofes, der sich nicht verantwortlich für die Katzen fühlt, den Nachwuchs immer wieder selbst „reguliert“ - jedoch sind die durch diese Aktionen immer miss-träuischer werdenden Muttertiere inzwischen so clever, den Nachwuchs so zu verstecken, dass er ihn nicht mehr rechtzeitig eliminieren kann. Deshalb nun als neue „Lösung“ dann das Gewehr. Sind solche „Lösungen“, die laut Gesetz strafbar sind und leider immer noch Gang und Gebe trotzdem, nicht mehr als verwerflich? Die einzig vernünftige Lösung heißt: Kastration.

„Trotz fast ganzjährigen Kastrationsaktionen, insbesondere bei den sogenannten herrenlosen Straßenkatzen zeichnet sich keine Besserung der Situation ab, im Gegenteil. Die Hauptverursacher sind bekannt - die Auswirkungen ebenso. Einzig die Kastration der Populationen verspricht eine dauerhafte und humane Eingrenzung des zahllosen Katzenleids.“

Mit großem Erschrecken mit wir jedoch in der jüngsten Vergangenheit - spätestens seit der Thematik Vogelgrippe und der letzten Erhöhung der tierärztlichen Gebührenord-

nung - feststellen, dass ein Rückfall in mittelalterliche Methoden/ Lösungsansätze stattfindet, statt mit Herz und Verstand ethisch vertretbare Lösungen anzustreben. Immer mehr Gemeinden (jüngster publizierter Fall die Gemeinde Schleiden/NRW) erlassen Fütterungsverbote für freilaufende Katzen. Was letztendlich bedeutet, dass die Tiere krank und ausgemergelt dahinsiechen, bis sie verhungert sind, statt dass ihnen mit tierärztlicher Versorgung und Kastration geholfen wird.

Auch eine „Schnellschuss-Lösung“ durch die Bestellung / Beauftragung eines

UNTERSTÜTZER DER IG

- Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt
- Attis, Aktionsgemeinschaft der Tierversuchgegner
- Aktion Kitty - bundesweites Hilfsprojekt zum Schutz der Katze als Haustier in Not Nr. 1
- Aktion Tier - Menschen für Tiere
- Arbeitskreis Tierschutz Gütersloh
- Ärzte für Tiere
- Ärzte gegen Tierversuche
- Bund der Tierfreunde
- Bundesverband Menschen für Tierrechte
- Bündnis 90 / Die Grünen im Westerwald
- DKV, Dachverband der Katzenschutzvereine
- Deutsches Tierschutzbüro Bonn
- Deutscher Tierschutzbund
- LV Rheinland-Pfalz
- Gong Verlag, Geliebte Katze
- IJH, Initiative jagdgefährdeter Haustiere
- Initiative Haustierrechte
- Jäger, die die Eindämmung der Überpopulationen durch Kastration anstreben
- Landesuntersuchungsamt
- Menschen für Tierrechte
- MUT, LV Rheinland-Pfalz
- Michael Musil, Bündnis 90 / Die Grünen, Montabaur
- Nordrhein-Westfälischer Umweltminister Eckhard Uhlenberg
- Paderborner Modell - Katzenkastrierung ist seit dem 22.9.2008 unangefochten Pflicht!
- Paderborner Ratsmitglied Kornelia Welz welches die Hand ausstreckt für eine Politik des Machbaren und des Notwendigen, Ordnungsamt
- Veterinäramt, Tierschutz
- Parlamentarische Geschäftsführerin Udine Kurth, MdB Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen
- Partei Mensch, Umwelt, Tierschutz - Die Tierschutzpartei
- Rechtsanwalt Rolf Kemper Berlin
- Rheinland-Pfälzische Umweltministerin Margit Conrad
- Spr
- Sternenhof Begegnungsstätte von Mensch & Tier
- Tasso, Europas größtem Haustierzentralregister
- Tierärztekammer
- Tierschutzbeirat
- Tierschutz Streunerkatzen OÖ Österreich, mit landesweit geregelter Katzenkastrierungspflicht,
- TVT - Tierärztliche Vereinigung für Tierschutz
- WesterwaldPost (Nord)
- WDR, Tiere suchen ein Zuhause
- ehemaliger Bundesminister und jetziger Vorsitzender des Finanzausschusses im Deutschen Bundestag, Eduard Oswald
- und viele, viele mehr.

PRO KATZENSCHUTZVERORDNUNG
Information unter: www.katzenschutzverordnung.de.vu